

- **Inwiefern wurden in den letzten Jahrzehnten auf Basis der Neoklassik grundsätzlich falsche politische Entscheidungen getroffen?**

Dazu schrieb [Bill Mitchell](#) kürzlich in einem Blogbeitrag:

Regierungen auf der ganzen Welt sind heute in einer selbstgeschaffenen ideologischen Zwickmühle gefangen.

Seit mehreren Jahrzehnten folgten die Regierungen den Prognosen der etablierten Wirtschaftswissenschaftler, die als quasi religiöse Botschaft das Gebot der Austerität verkündeten. Ökonomen warnen die Politiker vor gefährlichen Haushaltsdefiziten, die höchstwahrscheinlich zu einer starken Inflation führen würden. Eine höhere Staatsverschuldung treibe nicht nur die Zinssätze in die Höhe und untergrabe produktive Investitionsmöglichkeiten privater Unternehmen, sondern würde auch die zukünftigen Generationen - die "Enkelkinder" - durch lästige Steuerverpflichtungen versklaven, da diese gezwungen seien, "die Schulden zurückzuzahlen". Die heutige Generation lebe über ihre Verhältnisse und zerstöre so die Zukunft ihrer Kinder. So werde Sparen nicht nur ein wirtschaftliches Gebot sondern zur moralischen Pflicht.

Als Japan nach dem folgenschweren Zusammenbruch seines gewerblichen Immobilienmarktes im Jahr 1991 gegen den Strom schwamm, sagten dieselben Ökonomen regelmäßig voraus, dass die Regierung in die Insolvenz rutschen würde, da die Anleihemärkte mit steigenden Defiziten das Vertrauen verlieren würden. Dann begann die Bank von Japan ihre Reise in die immer größer werdende Staatsverschuldung Japans, und nun wurde vor der drohenden Hyperinflation gewarnt.

Der IWF begann, die Regierungen über die Notwendigkeit "wachstumsfreundlicher Sparmaßnahmen" zu belehren. Die Menschen wurden in den Glauben gedrängt, dass die radikale Senkung der Staatsausgaben zu Wirtschaftswachstum führen würde.

Die Abkehr von der Kardinalregel der Makroökonomie, dass Ausgaben gleich Produktion gleich Einkommen sind und so die Beschäftigung vorantreiben, hat sich als kolossaler wirtschaftspolitischer Fehler erwiesen, der in die Stagnation und Stagflation führt.

Gerechtfertigt wurde diese Abkehr mit den so genannten Ricardianischen Äquivalenz-Begriffen - die im Grunde besagen, dass die Menschen, wenn die Regierung wenig Geld ausgibt, denken, dass ihre zukünftigen Steuern niedriger sein werden und sie deshalb jetzt nicht so viel für künftige Zahlungsverpflichtungen sparen müssen. Befreit von der Angst vor höheren Steuern, werden sie jetzt quasi in einen Ausgabenrausch verfallen, der die Kürzungen der öffentlichen Ausgaben ausgleicht.

Leider – so Bill Mitchell – erklärt diese Theorie die Realität nicht. Die vorliegenden Daten unterstützen genau die entgegengesetzte Dynamik, was nicht überrascht.

Warum sollten die Menschen anfangen, viel Geld auszugeben, während ihre Arbeitsplätze verschwinden? Warum sollten Firmen anfangen, in neues produktives Kapital zu investieren, wenn sie ihre Maschinen abschalten und die Anlagen stillstehen lassen, weil ihre Verkäufe rückläufig sind?

Die etablierte Volkswirtschaftslehre arbeite mit Begriffen wie "optimale mikroökonomisch fundierte Prinzipien" oder "unsterbliche sich selbst maximierende Agenten" und berechne verschiedene Äquivalenzen mit komplizierten Gleichungen, aber – so Bill Mitchell – hätten die Thesen dieser Ökonomen keinerlei Bezug dazu, wie die Wirtschaftsinstitutionen der realen Welt funktionierten. Keine der grundlegenden Vorhersagen der etablierten Wirtschaftswissenschaftler habe sich bewahrheitet. Aber die Sparmaßnahmen, die durch diese falschen Vorhersagen umgesetzt wurden, führten zu Stagnation, und Millionen von Menschen verloren infolgedessen ihre Arbeit.

Die Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Gewinne und der Besserverdienenden hat nur die Ungleichheit und die Armutsraten erhöht.

Die Zinssätze sanken weiter, und jetzt verschulden sich die Regierungen über lange Zeiträume hinweg zu negativen Zinssätzen, obwohl sie viel größere Schuldenberge haben als zuvor. Die Inflation ist niedriger oder im Rückgang begriffen. Die öffentliche Infrastruktur ist heruntergekommen.

Die globale Finanzkrise verschärfte die durch die Austeritätspolitik und andere ‚neoliberale Reformen‘ verursachten Probleme. Zum Teil war diese Krise gleichzeitig auch ein Ergebnis von Deregulierung und mangelnder staatlicher Aufsicht, zu der Wirtschaftswissenschaftler die Regierungen gedrängt hatten.

Erhöhte Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, stagnierende Lohnzuwächse, zunehmende Ungleichheit, schwache wirtschaftliche Wachstumsraten und einen Niedergang der öffentlichen Infrastruktur waren die Folge.

Nach mehreren Jahrzehnten einer solchen Politik sind auf der ganzen Welt viele Staaten mit sehr schlechten Voraussetzungen in die Corona-Pandemie eingetreten.